

**Stadt**

Land

Gemeinden

Startseite | Basel | Stadt | Im Grossen Rat stauen sich die Geschäfte

Abo

Im Grossen Rat stauen sich die Geschäfte

Das Parlament hat ein Programm von 120 Geschäften traktandiert. Grossratspräsident Heiner Vischer ist alarmiert.



Müssen heute bis spät in die Nacht sitzen: Grossräte im Basler Parlament.
Foto: Michael Fritschi

Die Grossrätinnen und Grossräte haben heute ein Mammutprogramm vor sich. Auf der Traktandenliste stehen über hundert Geschäfte. Eines von Grüne-Grossrat Jürg Stöcklin verlangt die Einsetzung einer Spezialkommission zum Klimaschutz. Vor ein paar Monaten hat das Parlament dieselbe Idee von LDP-Grossrat Raoul Furlano verworfen.

Stöcklin antwortet auf die Frage, weshalb es zwei Anläufe für praktisch denselben Vorstoss brauche: «Die ursprüngliche Form des Vorstosses von Furlano als Motion an die Adresse der Regierung war falsch. Sie ist nicht der richtige Adressat, sondern das Parlament ist zuständig für

die Einsetzung von Spezialkommissionen. Diese Motion scheiterte aus formalen Gründen. Ich habe deshalb das Anliegen als Anzug nochmals eingereicht.» Stimmt der Grosse Rat dem Anzug zu, wird die Kommission eingesetzt.

Es ist eines von vielen Geschäften, die das Parlament vor sich herschiebt. Das hat eine Diskussion ausgelöst. Sind all die Vorstösse notwendig, oder könnte der Ratsbetrieb effizienter abgewickelt werden? Grüne-Fraktionspräsident Stöcklin sagt: «Es gibt Vorstösse, welche die Grossrätinnen und Grossräte mit einem Telefon an die Verwaltung klären, verbessern oder manchmal sogar erledigen könnten. Schliesslich haben wir Parlamentarier das Recht, bei der Verwaltung Informationen einzuholen. Leider gibt es schon oft Vorstösse, die zu wenig durchdacht sind.»

Unnötige Vorstösse

Jener etwa von SP-Grossrätin Lisa Mathys. Sie forderte im Frühling wegen der Klimaerwärmung von der Regierung mehr hitzeresistente Jungbäume in den Wäldern. Ein Anliegen, dessen sich die Förster aber von sich aus annehmen, kennen sie sich doch mit Bäumen aus. Mathys sah ein, dass sie vor der Einreichung des Vorstosses mit einem Förster hätte telefonieren können. Ihr Anliegen ist nach zeitraubenden Diskussionen vom Rat verworfen worden.

Das war noch vor den nationalen Wahlen im Herbst, die Politikern immer auch Gelegenheit bieten, sich mit Vorstössen zu profilieren. Stöcklin sagt denn auch zu den vielen offenen Geschäften: «Ich habe das Gefühl, dass viele dieser Vorstösse Reste aus dem Wahlkampf sind. Die Situation wird sich wohl wieder normalisieren.»

Wahlen vor der Tür

Allerdings sind in einem Jahr Regierungs- und Grossratswahlen, und viele Grossräte wollen kandidieren und für sich die Werbetrommel rühren. Ob die Vorstossflut nach den Wahlen abnehmen wird, ist fraglich. Klar ist: Am meisten Vorstösse im Jahr 2019 hat SP-Grossrätin Sarah Wyss eingebracht. Sie liegt mit 22 Stück vor SVP-Grossrat Joël Thüring (18) und CVP-Grossrätin Andrea Knellwolf (16). Der Durchschnitt an Vorstössen der 100 Parlamentarier liegt bei vier Stück.

Wyss hatte 2018 fünf Vorstösse eingereicht. Die Wahlen seien nicht der Grund für den Anstieg, sagt sie. «Als Gesundheitspolitikerin und Mitglied der Gesundheitskommission war ich 2018 wegen der Spitalfusion ausgelastet. Viele meiner Vorstösse betreffen das 2019 Zeit, Absprachen zu treffen und meine offenen Ideen einzureichen.»

Motion eine Ursache

Grossratspräsident Heiner Vischer (LDP) liegt am Herzen, dass der Ratsbetrieb effizient abläuft und die Pendenzen rasch abgebaut werden. Ein Problem für das schleppende Vorankommen der Geschäfte sieht er bei den Motionen. Die Wirksamkeit dieses politischen Mittels wurde vor ein paar Jahren ausgeweitet. Vischer: «Das Parlament kann den Regierungsrat seither verpflichten, auf einer gültigen Gesetzesgrundlage beispielsweise eine Tempo-30-Zone in einer einzelnen Strasse einzurichten. Früher konnte die Regierung mit einer Motion nur dazu bewogen werden, ein Gesetz zu ändern.»

Auf die Tempo-30-Zonen bezogen heisst das, dass die Regierung ein Gesetz erlassen konnte, das Tempo-30-Zonen in der Stadt überhaupt ermöglicht. Seit die Motion abgeändert worden ist, seien die Einreichungen in die Höhe geschneit, sagt Heiner Vischer.

Um den Ratsbetrieb zu beschleunigen, sieht Vischer als Möglichkeit eine Einkürzung der Sprechzeit während der Debatten oder eine Eingrenzung der Anzahl an Vorstössen. «Wir klären zurzeit ab, was möglich ist. Verbunden ist das allerdings mit einem längeren Prozess, der einer Änderung des parlamentarischen Reglements bedarf.»